

10. NOV 1961



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVI/254 - 10. November 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Dank von Haus Aderauer

73

Die Vertriebenen und die Regierungsbildung
Von Wenzel Jaksch, MdB

3

Bessere Chancen für Mainz?

47

Die Ministerpräsidenten und das neue Fernsehen
Von Jürgen F. Warner
Rundfunkreferent beim Parteivorstand der SPD

4

Sie sind sie wirklich!

30

Die FDP und die Opposition

4

Freund des deutschen Volkes

25

Zum Staatsbesuch Senhors

5 - 7

Afrika ist nicht nur ein Modethema

110

Eine verdienstvolle Arbeitstagung der
Evangelischen Akademie Tutzing

Von Hanspeter Zerfass

* * *
* *

Dank vom Haus Adenauer

Von Wenzel Jaksch, MdB

In der Rauchschwaden der Bonner Interessenkämpfe sollte eine interessante Pointe der Regierungsbildung nicht übersehen werden. Man kann nunmehr klar erkennen, dass die Vertriebenen bei den Unionsparteien abgeholt sind. Dies ist ein Faktum von weitreichender innerpolitischer Bedeutung.

Noch am 4. November hat die Bundesvertretung der im Bund der Vertriebenen vereinigten 20 Landsmannschaften und 11 Landesverbände scharfstens dagegen protestiert, "dass die Heimatvertriebenen von der Führung des Ministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte vollkommen ausgeschaltet werden sollen."

*"Eine solche Lösung," so heisst es in diesem Beschluss weiter, *"stünde im eklatanten Gegensatz zu den Erklärungen, die von *maßgebenden Staatsmännern der Bundesrepublik bei zahlreichen *Kundgebungen der Heimatvertriebenen abgegeben worden sind."

Gemeint war mit diesem Hinweis in erster Linie Dr. Adenauer selbst; er bezog sich allerdings auch auf Dr. Erhard, Strauss und andere Bonner Minister. Und wie haben erst die Länderminister der Unionsparteien vor gläubigen Zuhörerklassen die staatspolitische Bedeutung der Landsmannschaften und Landesverbände der vertriebenen Deutschen gerühmt, ihre Verdienste um den Wiederaufbau Westdeutschlands gewürdigt ... Man könnte aus solchen Reden der Herren Erhard, Kiesinger, Grundmann und von Hassel ein schönes Buch binden. Die Wirkung dieser Ansprachen war zumeist gross, denn in den Ostdeutschen und Volksdeutschen steckt in der Tat viel gute Staatsgesinnung und eine angeborene Bereitwilligkeit, der jeweiligen Regierung zu folgen. Bei den Ulbricht-Vertriebenen aus Mitteldeutschland kam noch hinzu, dass sie zunächst die Reden von der "Politik der Stärke" als bare Münze nahmen und dahinter ein ernsthaftes Konzept für die Wiedervereinigung vermuteten.

So haben die Unionsparteien aus diesem Viertel der Wählerschaft bei mehreren Bundestagswahlen Stimmen gescheffelt. Bei der letzten Bundestagswahl glaubte man diesen Wählerstamm schon sicher in der Tasche zu haben, denn eine Anzahl der führenden Vertriebenenabgeordneten der Unionsparteien wurde bereits bei der Kandidatenaufstellung geopfert. So blieb der Vorsitzende des Lastenausgleichsausschusses des dritten Bundestages, Waldemar Kraft, auf der Strecke. Das gleiche Schicksal erreichte den Beirichterstatter zur 14. Novelle des LAG, Leukert, und den Oberschlesier Ehren, der noch 1957 den Bundeskanzler von einer Wahlkundgebung zur anderen begleitete. Dank vom Hause Adenauer!

Bei dieser Regierungsbildung hat das Dankbarkeitsgefühl der Unionsparteien auf diesem Sektor nicht mehr ausgereicht, die Wünsche der Vertreter der Heimatvertriebenen auch nur zu erörtern. Könnte man sich eine solche Behandlung der Herren von der "grünen Front" vorstellen? Die Erklärung für diese Abkühlung ist einfach. Wahrscheinlich hat der Bundeskanzler das Interesse an der Vertriebenenbewegung verloren, seitdem sie eine Wendung zur Überparteilichkeit vollzog. Diese Entwicklung zeichnete sich in den Gesprächen zwischen der SPD mit der Führung der Landsmannschaften ab, welchem Beispiel sodann die Unionsparteien widerwillig folgten. Es gehört zum Gesamtbild, dass schon bei der letzten Wiederbesetzung des lange verwaisten Vertriebenenministeriums überaus kanzlertreue Kandidaten, wie der Sudetendeutsche Hans Schütz und der Pommer Hans Krüger, zugunsten eines Mehrzweckministers übergangen wurden.

Diesmal ist im Zuge der Koalitionsverhandlungen das Ministerium der FDP geradezu aufgedrängt worden, obwohl diese Partei für die Anliegen der Heimatvertriebenen und Sowjetzonenflüchtlinge bisher kein übermässiges Interesse bekundete. Ein einziger Lichtblick in dem ganzen Vorgang ist, dass im "Koalitionsvertrag" wenigstens die Forderungen des sozialdemokratischen Regierungsprogramms für die Besserstellung der Sowjetzonenflüchtlinge übernommen wurden. Sicherlich wird auch bei der vorgesehenen Angleichung der Eingliederungshilfen die Initiative der SPD und die Solidarität der Vertriebenen den Landsleuten aus Mitteldeutschland zustatten kommen. Über die Gewichtsverteilung der Sachaufgaben besteht überhaupt kein Streit. Der Stachel bleibt jedoch, dass der Bundeskanzler die vor Jahr und Tag begonnene Abwertung des Vertriebenenministeriums fortsetzt und nicht einmal einen Staatssekretär aus der Hauptgruppe der Geschädigten zu berufen gedenkt. Offenbar wird der bisherige Staatssekretär Dr. Wahn seine Rolle als der vom Palais Schaumburg eingesetzte Liquidationskommissär in der Bonner Husarenstrasse zu Ende spielen dürfen.

Auf die schönen Ministerreden, die dieses Tun bisher begleiteten, werden die Landsmannschaften künftig wohl aus Gründen der Selbstachtung verzichten müssen. Ihre Behandlung bei dieser Regierungsbildung ist ein glatter Wortbruch gegenüber allem, was die Unionspolitiker bisher auf den grossen Vertriebenentreffen sagten und was der Bundeskanzler noch wenige Wochen vor der Bundestagswahl auf dem Schlesiertreffen in Hannover vor einer Viertelmillion Zuhörern bekräftigt hatte.

Bessere Chancen für Mainz?

Von Jürgen F. Warner

Rundfunkreferent beim Parteivorstand der SPD

Das Mainzer Fernsehexperiment der Ministerpräsidenten ist auf der Konferenz, die sie am vergangenen Mittwoch in Bonn abhielten, seiner Verwirklichung ein gutes Stück näher gekommen. Der völlig unrealistische Termin des 1. Januar 1962 als Sendebeginn der neuen Anstalt wurde schon vor längerer Zeit stillschweigend fallengelassen. Von den beiden Daten, die die Länderchefs jetzt für den Start anpeilen, dem 1. Juli und dem 1. Oktober nächsten Jahres, hat aber jedenfalls der spätere Zeitpunkt eine reelle Chance, verwirklicht zu werden.

Vernünftigerweise lehnten die Ministerpräsidenten fast geschlossen den Plan ab, den Mainzer Vortrupp des Ministerpräsidenten Altmaier für das neue Fernsehen jetzt mit grösseren Vollmachten auszustatten. Solche Vollmachten hätten den künftigen Intendanten und seine Mitarbeiter in ihrer selbständigen Arbeit gefährlich eingeschränkt. Sie hätten die Weichen für einen sehr einseitigen Kurs der Anstalt gestellt, der sie in die gleiche Richtung geführt hätte, die das unselige "Freie Fernsehen" ansteuerte. Jetzt sollen nach Absicht der Ministerpräsidenten Fernsehrat und Verwaltungsrat noch in diesem Jahr zusammentreten, damit im Januar der Intendant gewählt werden kann. Damit wäre dann der Weg zur Vorbereitung der Programmarbeit frei.

Nun wird sich zeigen, ob die komplizierte und schwerfällige Maschine des 66-köpfigen Fernsehrates, die die Ministerpräsidenten im Stuttgarter Staatsvertrag konstruierten, rechtzeitig in Schwung kommt. Hier sind erhebliche Zweifel angebracht. Die Beauftragten der Kirchen, Parteien und Regierungen von Bund und Ländern für den Fernsehrat können, bei einigem guten Willen, sicher termingerecht benannt werden. Dazu aber kommen die Vertreter der zahlreichen Organisationen, die sich teilweise erst untereinander über ihre Kandidaten einigen müssen und dazu noch vor der Aufgabe stehen, für jeden der ihnen zustehenden Sitze im Fernsehrat drei Vorschläge zu machen. Ist dies schon schwierig, so wird es den Ministerpräsidenten nicht leichter fallen, aus dieser umfangreichen Vorschlagsliste die endgültigen Ratsmitglieder zu wählen und dazu die Persönlichkeiten aus den Bereichen des sozialen, kulturellen und erzieherischen Lebens zu benennen, deren Berufung sie sich vorbehalten haben. Diese ganze komplizierte Wahl durch die Länderchefs soll nach einer gutgemeinten Bestimmung des Staatsvertrages möglichst einstimmig erfolgen. Die Ministerpräsidenten wollen damit in einer einzigen Sitzung am 15. Dezember zu Rande kommen. Welch fröhlicher Optimismus!

Bleiben noch die Schwierigkeiten mit Bayern und dem Saarland, deren Ministerpräsidenten am 8. November aus der Front der Fernsehgründer ausgetreten sind. Ministerpräsident Roeder dürfte bald zurückfinden, seiner saarländischen Rundfunk droht anderenfalls die Einstellung der Zahlungen aus dem Finanzausgleich. Ernster sind die Schwierigkeiten mit Bayern, welches im Mainzer Programm Sondersendzeiten für seine weiss-blauen Belange fordert. Wird dieser Wunsch erfüllt, kann man den anderen Ländern ein Gleiches nicht verweigern. Das zentralisierte Mainzer Fernsehen käme damit zu dem Flickenteppich eines partikularisierten Programmes. Das hätte man allerdings durch Ausbau der Regionalprogramme bei den bestehenden Länderanstalten einfacher haben können!

So sind sie wirklich !

sp - Die FDP fühlt sich durch die breite und in Qualität und Quantität ständig zunehmende Kritik an den merkwürdigen Koalitionsvereinbarungen zwischen CDU/CSU und FDP und an dem noch merkwürdigeren Koalitionsausschuß noch mehr betroffen als ihr großer Koalitionspartner. Das ist verständlich, denn einer Partei, die nicht müde wird, ihr so ladenscheinig gewordenes Monopol auf den Liberalismus trotz alledem immer wieder zu behaupten, kann es natürlich nicht gleichgültig sein, wenn man ihr mit kaum zu widerlegenden Rechtsargumenten nachweist, daß dieses von ihr verlangte Abkommen und dieser von ihr geforderte Ausschuß schlicht verfassungswidrig und also "nicht rechtens" sind. - Leider macht es sich die FDP in der Abwehr dieser für ihr Ansehen so schädlichen Kritik zu leicht. Der FDP-Bundespresseschef, der übrigens in Kürze als Nachrücker-Abgeordneter im Bundestag erscheinen wird, lehnte die kritischen Argumente in Bausch und Bogen ab, ohne sich auch nur annähernd die Mühe zu geben, auf die Sachkritik auch fundiert sachlich zu antworten. - Das aber mag noch hingehen. Schlechterdings unmöglich und unerhört ist aber die zwischen Naivität und Unverfrorenheit pendelnde Trostanmerkung des FDP-Bundespressescheffs, mit der er die Kritiker "beschwigen" möchte. Im "Freien Wort", dem offiziellen FDP-Hauptorgan, ist nämlich aus der Feder dieses FDP-Pressescheffs wörtlich zu lesen: "Die Kritiker der Koalitionsvereinbarung sollten sich einmal überlegen, daß die Hauptwaffe einer Opposition im Parlament völlig unangetastet ist: die Haushaltskritik und die Kritik durch Große und Kleine Anfragen". - Soll das etwa heißen, daß die Opposition vor allem den Herren von der FDP mit aufgehobenen Armen für die Gnade danken sollte, im neuen Bundestag nun tatsächlich noch die Haushaltskritik und die Kritik durch Große und Kleine Anfragen ausüben zu dürfen? Die Formulierung des FDP-Pressescheffs spricht Bände. Deutlicher war noch nie zu erkennen, welche höchst erstaunlichen Überlegungen und Tendenzen in manchen Bezirken der neuen "Bürgerblock"-Koalition herumvagabundieren.

+ + +

Freund des deutschen Volkes

sp - Leopold Sedar Senghor, Staatspräsident der jungen westafrikanischen Republik Senegal, gehört zu den profiliertesten Persönlichkeiten Afrikas. Als Dichter und erfolgreicher Staatsmann hat er sich einen weltweiten Ruf erworben, seine Stimme zählt viel im Chor der afrikanischen Völker. Senghor, der derzeit zu einem Besuch in der Bundesrepublik weilt, zählt auch zu den Freunden des deutschen Volkes, mit dessen Geschichte er wohl vertraut ist. Für ihn, den Afrikaner, gibt es nur eine Lösung des deutschen Problems: durch die Verwirklichung des Rechtes auf Selbstbestimmung. Senghor weiß, was Fremdherrschaft bedeutet. Viele Jahre hat er für die Unabhängigkeit seines Landes gekämpft. Die Herauslösung aus dem französischen Kolonialreich erfolgte reibungslos, eine staatsmännische Leistung, die dem Senegal viel Leid ersparte. Senghor unterhält viele freundschaftliche Beziehungen zur westlichen Welt, einschließlich des einstigen Kolonialherren Frankreich. Während eines Staatsempfanges bei Bundespräsident Lübke betonte der Senegalese ausdrücklich das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung und Wiedervereinigung als einen der Schlüssel zur Sicherung des Weltfriedens. Das war ein kluges und wohlüberlegtes Wort, offenbart es doch eine noble Gesinnung und großes Verständnis für die Not des geteilten Deutschland. Solches Verständnis bei Völkern, denen es gelang, die Fesseln der Fremdherrschaft abzuschütteln, haben wir nötig. Die Erhaltung alter und die Gewinnung neuer Sympathien und Freundschaften ist unerläßlicher Bestandteil im Selbstbehauptungsringen unseres Volkes.

+ + +

Afrika ist nicht nur ein Modethema

Von Hanspeter Zerfass

Afrika ist Modethema. Umso dankbarer muß man für alle Bemühungen sein, sich gründlich mit den Problemen des Schwarzen Kontinents vertraut zu machen. Der Politische Club der Evangelischen Akademie Tutzing widmete sich Afrika in den ersten fünf Novembertagen bereits zum dritten Mal. Der Versuch, die Tagung durch die Begegnung mit sachverständigen Politikern der drei Parteien abzurunden, ist jedoch leider gescheitert. Schuld daran waren die Bonner Koalitionswirren. Dr. von Brentano sagte ab, weil er eben als Außenminister zurückgetreten war. Der FDP-Abgeordnete Scheel konnte nicht erscheinen, weil er gerade Minister werden wollte - eine Gegenläufigkeit der Ereignisse, deren Ironie den sechzig sehr wachen Teilnehmern der Tagung nicht verborgen geblieben ist.

Der SPD-Abgeordnete Hellmut Kalbitzer mußte sich dem Thema Entwicklungshilfe fast allein stellen, denn der in Vertretung des Außenministers erschienene CDU-Abgeordnete Dr. Berthold Martin kehrte, vom Koalitionstrübel erfaßt, vorzeitig nach Bonn zurück. Dennoch hat die merkwürdige Reduktion des politischen Beitrags die Tutzinger Afrika-Tagung kaum nachteilig berührt. An Vorträgen war kein Mangel und die Diskussion wurde gelegentlich durch konfessionell bedingte Meinungsverschiedenheiten mit verhaltener Spannung erfüllt.

Gärungsprozeß

Die ersten drei Referate legten einen Tiefgang an den Tag, der genügend Stoff zum Nachdenken und zur Diskussion lieferte. Was Dr. Herbert Kaufmann über die soziologischen und geschichtlichen Hintergründe der afrikanischen Staatenbildung, Prof. Dr. Oswin Koehler (Köln) über die afrikanischen Sprachen und schließlich Janheinz Jahn über die neo-afrikanische Lyrik zu sagen wußten, machte im Prinzipiellen klar, was Afrika heute eigentlich ist und bereitete damit schon die Antworten auf viele Fragen vor, die an die Politik zu stellen waren.

Wie Dr. Kaufmanns Analyse sehr deutlich erkennen ließ, kommt es in Afrika darauf an, die zerstörte Gesellschaft durch eine neue zu ersetzen. Darüber hinaus wurde deutlich, daß es Ansatzpunkte für den Versuch gibt, eine moderne und stabile Gesellschaftsordnung zu fördern. Janheinz Jahn interpretierte mit großem Geschick die zeitgenössische afrikanische Literatur, um zu zeigen, daß Afrika keineswegs die europäische Kultur übernehmen will, sondern nach Kräften bestrebt ist, seine eigene Persönlichkeit zur Geltung zu bringen und das technische Wissen Europas mit eigenen Traditionen zu verschmelzen. Die afrikanischen Dichter bemühen sich eifrig, die Spuren der Väter

zu entdecken und aus den noch auffindbaren Resten der Vergangenheit eine eigene Kulturgeschichte zu destillieren, die den politischen Bedürfnissen und dem nationalen Ehrgeiz der neuen Führungsschicht entgegenkommt.

Bedeutung der Entwicklungshilfe

Dem bis in viele Einzelheiten hinein sehr deutlichen Bild der Probleme des afrikanischen Kontinents sollten die Politiker die aktuell-politischen Glanzlichter aufstecken und die deutsche Entwicklungshilfe skizzieren. Da waren trotz vieler Übereinstimmungen die Meinungen der Bonner Gäste nicht ganz zur Deckung zu bringen. Der CDU-Abgeordnete Martin plädierte dafür, einen ansehnlichen Teil der Entwicklungshilfe der sogenannten Bildungshilfe zukommen zu lassen. Bald wurde den Tagungsteilnehmern die Fragwürdigkeit dieses Wunsches deutlich, als sie nämlich merkten, daß Dr. Martin ihnen die deutsche Kulturpropaganda im Ausland ebenfalls als Bildungshilfe plausibel machen wollte. Dagegen fand der SPD-Abgeordnete Kalbitzer die Zustimmung des recht kritischen Publikums, als er verlangte, einen möglichst großen Teil der Entwicklungshilfe als sogenannte technische Hilfe auszugeben. Für diese Hilfe, sich selbst zu helfen, solle keine finanzielle Grenze festgesetzt werden, meinte Kalbitzer. Grenze müsse vielmehr die personelle Leistungsfähigkeit sein, die allerdings leider noch nicht allzu groß sei.

Der Sachverstand eines Teiles der Tagungsteilnehmer erwies sich sehr rasch an den vielen Fragen nach konkreten Problemen und ihren Lösungsmöglichkeiten. Meist wußte der Frager die Antwort ebenso gut wie der Referent. Es befriedigte ihn, seine Ansicht bestätigt zu finden und gemeinsam mit dem Fachmann aus Bonn bedauern zu können, daß die Bundesregierung manche Probleme erst jetzt erkenne und daß sie zu viele Entscheidungen hinausgezögert habe. Daß kritische Fragen aber auch auf den Frager zurückschlagen können, erfuhr der Universitätsprofessor aus Köln, der sich darüber beklagte, daß nichts für die Ausbildung von Afrika-Spezialisten getan worden sei. Vor allem am Studium afrikanischer Sprachen fehle es bei uns im Gegensatz etwa zur Leipziger Universität ganz enorm. Er mußte sich die Gegenfrage nach der Initiative der Universitäten gefallen lassen und die allerdings sehr rhetorische Frage, warum denn bei uns immer aller Segen von 'oben' erwartet werde. Eine Frage, auf die auch die Universitäten keine Antwort wissen.

Abgeordneter Kalbitzer hatte es nicht schwer, die Zustimmung der Tagungsteilnehmer für seine Konzeption der Entwicklungshilfe zu finden, denn sie deckt sich weitgehend mit den Notwendigkeiten,

die sich aus der Darstellung der Probleme Afrikas in den wissenschaftlichen Vorträgen ergeben hatten. Da keine nennenswerten Meinungsverschiedenheiten in politischen Fragen auftauchten, biß sich die Diskussion unter Assistenz eines katholischen Geistlichen an der Frage nach den ethischen Grundsätzen der Entwicklungshilfe fest. Pater Früh (Trier) stellte Postulate auf, die auf eine Entwicklungshilfe als verlängertem Arm der Mission hinauslief, was von evangelischer Seite nicht unwidersprochen bleiben konnte. Kirchenrat Biedel machte denn auch klar, daß Entwicklungshilfe eine politische Sache ist, die im Raume des "Vorletzten" anzusiedeln sei und nicht im "Letzten", wo die Kirchen im göttlichen Auftrage handeln.

Hallstein-Doktrin als Bremsklotz

Mit bemerkenswertem Gleichmut nahmen die Tutzinger die scharfe Ablehnung der Hallstein-Doktrin durch Kalbitzer hin. Das war umso merkwürdiger, als der CDU-Abgeordnete Dr. Martin von einigen Seiten noch Zustimmung für die harte These gefunden hatte: Wer Pankow anerkennt, zu dem werden die Beziehungen abgebrochen und Entwicklungshilfe bekommt er schon gar nicht.

Zwischen den Stellungnahmen der beiden Politiker war bereits die nachdenkliche Frage nach der amerikanischen Haltung zur Zwei-Staaten-Theorie in die Debatte geworfen worden, woran sich die Frage schloß, wie sich die Entwicklungsländer verhalten würden, wenn einmal die USA die de facto-Anerkennung Ostberlins ausgesprochen haben würden. Und daran fügte sich die naheliegende Frage, ob wir dann die Entwicklungshilfe aufgeben wollten - mangels Partner. Nach dieser Aussprache folgten die Teilnehmer umso williger den Argumenten Kalbitzers, der dafür eintrat, sich nicht der Möglichkeiten zu berauben, Politik zu treiben. Daß auch Entwicklungshilfe ein Stück Politik ist, erkannten die Teilnehmer der Afrika-Tagung an und zeigten sich dankbar, die Dinge einmal nackt und schonungslos gesagt zu bekommen.

+ * +

Verantwortlich: Günter Markscheffel